

Linke klagt gegen Syrien-Einsatz

Oppositionspartei hält Entsendung von Aufklärungsflugzeugen in den Anti-IS-Kampf für verfassungswidrig

Von Markus Decker

Die Linke im Bundestag will den Tornado-Einsatz der Bundeswehr gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ stoppen und hat deshalb Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Der ehemalige Abgeordnete und Bundesrichter Wolfgang Neskovic sagte der FR: „Hier wird außerhalb des Systems kollektiver Sicherheit auf einem fremden Staatsgebiet gehandelt. Das muss

geklärt werden. Mit solchen Einsätzen schafft man keinen Frieden und keine Sicherheit.“ Zwar sei nicht gewiss, ob die Karlsruher Richter die Klage annähmen, räumte Neskovic ein. Allerdings sei er da guten Mutes. „Wir haben das Notwendige getan, um der Klage zum Erfolg zu verhelfen.“

Nach der zweiten Serie von IS-Anschlägen am 13. November 2015 in Paris beschloss die Bundesregierung, sich in Syrien militärisch am Kampf gegen die Ter-

rororganisation zu beteiligen – und zwar mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen, einem Tankflugzeug, einer Fregatte und bis zu 1200 Soldaten. Der Bundestag fällte Anfang Januar die entsprechende Entscheidung. Die Bundeswehr ist damit nicht unmittelbar in Kampfhandlungen involviert, sondern nur mittelbar, indem sie Informationen liefert.

Die Linke ist der Meinung, der Syrien-Einsatz verstoße gegen das Grundgesetz. Es stimme

wohl, dass es sich bei den Vereinten Nationen um ein System kollektiver Sicherheit handele, heißt es. Der Anti-IS-Einsatz finde indes nicht im Rahmen der UN statt, da die IS-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates den Einsatz militärischer Gewalt nicht erlaubten, so die Linke. Das Recht auf Selbstverteidigung sei wiederum nicht durch den UN-Vertrag eingeführt worden, sondern bestehe unabhängig vom UN-System. Ohnehin greife das Selbstverteidi-

gungsrecht nur bei Staaten, heißt es weiter. Der IS sei hingegen eine Terrororganisation, auch wenn er sich selbst als Staat bezeichne.

Ob das Verfassungsgericht die Klage zulässt, ist unklar. Denn Klagen sind nicht vorgesehen, wenn die Minderheit des Parlaments die Zustimmung der Mehrheit für verfassungswidrig hält. Die Linke behauptet aber, dass für die Teilnahme am IS-Einsatz ein Gesetz nötig wäre. Das fehle hier.

NACHRICHTEN

Unicef: Flüchtlingskinder in Deutschland benachteiligt

Geflüchtete Minderjährige lebten in Deutschland über immer längere Zeiträume in einem nicht kindgerechten Umfeld, kritisiert das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) in einem am Dienstag in Köln veröffentlichten Bericht. Ihre Rechte auf Schutz, Teilhabe, gesundheitliche Versorgung und Bildung würden oft monatelang nur eingeschränkt oder gar nicht gewahrt. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) forderte als Reaktion auf den Report erneut einheitliche gesetzliche Standards für die Unterbringung. Der Schutz von Frauen und Kindern dürfe nicht vom Zufall abhängen. epd

Türkei verweigert Flüchtlingen die Ausreise

Obwohl Deutschland ihnen bereits ein Visum erteilt hatte, hat die Türkei Dutzenden syrischen Flüchtlingen die Ausreise verweigert. 52 Menschen seien seit Inkrafttreten des Flüchtlingspakts zurückgehalten worden, erfuhren die Deutsche Presse-Agentur aus zuverlässiger Quelle. Das Bundesinnenministerium teilte auf Anfrage mit: „Gründe für die Verweigerung der Ausreisegenehmigung wurden bisher nicht genannt.“ dpa

Sanktionen gegen Russland verlängert

Die europäischen Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden wegen der unzureichenden Fortschritte im Friedensprozess für die Ukraine um weitere sechs Monate verlängert. Vertreter der 28 EU-Staaten starteten am Dienstag in Brüssel das offizielle Beschlussverfahren, wie Diplomaten in Brüssel mitteilten. Lediglich in einem Land müsse noch das Parlament konsultiert werden, hieß es. Das Beschlussverfahren gilt als Formalie und soll am Freitag abgeschlossen sein. Die EU hatte die Wirtschaftssanktionen gegen Russland trotz Milliardenverlusten für heimische Unternehmen zuletzt im Winter bis zum 31. Juli 2016 verlängert. Zuvor war im Sommer 2015 beschlossen worden, die Handels- und Investitionsbeschränkungen erst dann aufzuheben, wenn die Vereinbarungen des Minsker Friedensplanes zum Ukraine-Konflikt komplett erfüllt sind. Dies ist noch nicht der Fall. dpa

- Anzeige -

Eine Zukunft für Europa – nicht ohne Russland

Appell zum 75. Jahrestag des völkerrechtswidrigen Angriffs Deutschlands auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941 – vor 75 Jahren – überfiel Deutschland die Sowjetunion. Über 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion fielen dem Verteidigungskampf gegen Deutschland und den systematischen Vernichtungsaktionen von SS und Wehrmacht zum Opfer. Der Krieg endete mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee. Nicht nur der gesamte europäische Teil der Sowjetunion, auch Deutschland war nahezu völlig zerstört. Die Lehren aus diesem Krieg wurden nach 1945 in Europa nicht in ausreichendem Maße gezogen. Der kalte Krieg spaltete Europa in Ost und West. Erst Jahrzehnte später führte die Entspannungspolitik zu Beziehungen der Annäherung und des Dialogs. Die infolge des II. Weltkriegs entstandenen Grenzen wurden verbindlich festgeschrieben. 1990 nach der deutschen Wiedervereinigung wurde das Ende des Ost – West – Konflikts in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ feierlich beschworen.

Heute im Jahr 2016 – 75 Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion – leben wir jedoch wieder in einer Zeit der Konfrontation und der neuen Hochrüstung. Der 75. Jahrestag des 22. Juni 1941 ist daher ein Tag aktueller Herausforderungen.

Wir rufen dazu auf, aus dem bislang schrecklichsten aller Kriege endlich die Lehren zu ziehen: Für eine neue Qualität der Deutsch-Russischen Beziehungen.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind für beide Länder von herausragender Bedeutung. Russische Kunst, Literatur, Musik und Ballett gehören ebenso zu den Säulen europäischer Kultur wie die deutsche. Dies kann die Basis sein für freundschaftliche Beziehungen, in denen offen und mit Verständnis für die jeweiligen Interessen der anderen Seite über unterschiedliche politische Konzepte im besten Sinne eines Diskurses gestritten werden kann. Das schließt die wechselseitige Kritik an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und einseitigen Maßnahmen ausdrücklich mit ein. Alle Gesprächsbeziehungen und Formate müssen dazu genutzt werden, für immer eine neue bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland auszuschließen.

Atomare und konventionelle Abrüstung

Abrüstung ist notwendig, um die sozialen Herausforderungen zu bewältigen und einen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts zu leisten. Eine völlige Abrüstung aller Atomwaffen ist erforderlich, um das Überleben der Menschheit zu sichern. Anstelle des Aufbaus von Raketenbasen in Osteuropa und der Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands – wie bei dem derzeit geplanten Aufbau von vier NATO-Bataillonen in Polen und im Baltikum, davon eines in Litauen unter deutscher Führung – benötigen wir eine Stärkung von Institutionen der kollektiven Sicherheit wie der OSZE. In der NATO-Russland-Grundakte von Paris vom 27. Mai 1997 hat die NATO ausdrücklich auf die dauerhafte Stationierung von Kampftruppen in Osteuropa verzichtet. Alle Parteien des Vertrages haben sich dazu bekannt, dass sie keine Gegner sind und die Sicherheit aller Staaten in der euro-atlantischen Gemeinschaft unteilbar ist. Zu diesen Verpflichtungen und Erkenntnissen gilt es zurückzukehren, um mittelfristig auch die Politik der gegenseitigen wirtschaftlichen Sanktionen zu beenden. Zu Recht hat Helmut Schmidt in seinem Brief vom 18. Dezember 2014 an Helmut Kohl dazu ermahnt, der Westen müsse, genauso wie Russland und die Ukraine, aufpassen, dass wir nicht alles verspielen, was wir schon einmal erreicht haben.

An dem historischen Jahrestag des 22. Juni 2016 wenden wir uns daher an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die deutsche Bundesregierung: Allein eine Politik der Verständigung mit Russland und der Lösung von Konflikten und Interessenwidersprüchen auf der Grundlage des Völkerrechts bietet die Perspektive einer friedlichen Zukunft für Europa.

Dabei wissen wir: Nur mit dem Engagement der Friedensbewegung und aller Bürgerinnen und Bürger, die an die friedliche Zukunft eines gemeinsamen europäischen Hauses glauben, können wir dieses Ziel erreichen.

Eva Aras, Martin und Gisela Arnold, Jörg Arnold, Beate Aßmuß, Arbeitskreis für Friedenspolitik – Atomwaffenfreies Europa, Susanne und Ekkehard Basten, Willi Schulze-Barantini, Angelika Becker, Peter Becker, Bea

Bleile, Hugo Braun, Reiner Braun, Axel Bust-Bartels, Ursula Bernit, Klaus Beer, Linde Beer, Eva Böller, Joachim Both und Kathrin Geyer, Hans-Ernst Böttcher, Antonia Brinkmann, Ernst Busche, Peter Carl, Volker Daniel, Darmstädter Friedensbündnis, Christoph Dembowski, Diether Dehm, Joseph und Ursula O. Detlef, Daniel Dinara, Hartmut Drewes, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Dorte von Drigalski, Daniela Engelhardt, Hartmut Barth-Engelbart, Euregio Projekt Frieden, Sabine Farrouh, Gabi Faulhaber, Reinke Fehsenfeld, Tobias Fengler, Maria Regina Feckl, Jürgen Fetzer, Ulrich Finckh, Rainer Fischbach, Wolfram Fischer, Renate Försterling, Albert Fuchs, Harald Fuchs, Peter Franz, Ulrich Frey, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK), Förderverein Kölner Friedensforum, Freidenker-Verband Hessen, Freidenker-Verband Nürnberg, Friedensbüro Komitee Friedenswoche Hannover, Heidelberger Friedensratschlag, Wolf Gauer, Wolfgang Gehrcke, Jan Gildemeister, Horst Gobrecht, Rolf Gossner, Wolf Göhring, Monika und Ulrich Gottstein, Edgar Göll, Paul Gräse, Richard und Petra Grübl, Gerhard Guldner, Joachim Guilliard, Bernd Hahnfeld, Franz-Josef Hanke, Dagmar Hamdi, Christian Harde, Christian Harms, Gert Hautsch, Joachim Heilmann, Hans-Wolfgang und Barbara Helbig, Wolfgang Herder, A. Herrmann, Elvira Högemann, Helga und Hartwig Hohnsbein, Helmut Holfert, Wolfgang Herder, Andrej Hunko, Bernhard Höhmann, Inge Höger, Sigrid Krings-Holbach, Ernst-Ludwig Iskenius, Irmgard und Wolfram Jasker, Otto Jäckel, Ulla Jelpke, Kurt Dieter Juenger, Almut und Hans-Peter Jung, Luthfa Rahman und Jörg Jungmann, Ute Friedrike Jürß, Ulrike Jordan, Matthias Jochheim, Ulrike Heinz, Heinrich Kappei, Sima Fatemeh Kassaie, Helge Klawitter, Jürgen Kelle, Michael Kellner, Katja Keul, Wolfgang und Renate Kirstein, Walter Kirchdorfer, Waltraut Wirtgen, Karl-Heinz Kern, Heidrun Kisters, Mechthild Klingenburg-Vogel, Günter Knebel, Katharina Féaux de Lacroix, Heiner Knauss, K.-D. Kolenda, Hans Koritke, Jens J. Korff, Kristine Karch, Ute Knorr, Hendrik-Kraemer-Haus Berlin, Christoph Krämer, Armin Kröning, Marion Küpker, Dieter Koller, Martin Volker, Detlev Kutscha, Stefan Kytzia, Oskar Lafontaine, Landesverband Bayern der DFG-VK, Renate Vieth Laßmann, Ekkehard Lentz, Dieter Lehmkuhl, Volker Lindemann, Petra Lippert, Konstantin Lipp, DIE LINKE Kreisverband Aachen, marxistische linke, Maria Francesca Lingua, Sabine Leidig, Manfred Lotze, Erika Löblein, Irmgard Lücke, Silly Luna, Rene Maltusch, Tarmo Malmberg, Ursula Mathern, Peter Mannherz, Gabriele Maerzke, Gerhilde Reheis-Melcher, Ursula Mende, Bernd Mewes, Magdalena Melter, Sascha Michaels, Gerhard Militzer, Alois Müller-Giebels, Margarete Müller, Marianne Müller-Brettel, Elisabeth Muth, Klaus C. Lueger-Muth, Renate Marx-Mollière, Amir Mortasawi, Petra Mörbitz, Jürgen Nieth, OEKOPAX, ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben, Margret Otto, Christoph und Katja Ostheimer, Norman Paech, Elfi Padovan, Freya Pausewan, Heinz Peters, Klaus Piel, Viktor Pews, Martina Postier, Karim Popal, Rolf Plessner, Klaus v. Raussendorff, Beate Rasper, Renate Reupke, Redaktion RotFuchs, Hans Ripper, Reinhold Roth, Klemens Wilhelm Ross, RotFuchs-Förderverein, Werner Ruf, Rainer Rupp, Barbara und Peter Römer, Harff-Dieter Salm, Georg Schäfer, Wolfgang Schäfer, Ekkehard Sieker, Wilfried Schreiber, Anna M. Schreiner, Anne Schreiner, Leonore und Wolfgang Schröder, Michael Schulte, Dietrich Schulze, Hans-Jürgen Schulze-Eggert, Heide Schütz, Frank Schwitalla, Barbara Schwegler, Erhard Seiler, Martin Singe, Gert Sommer, Reiner Steinweg, Rosemarie und Wulf Steinvorth, Herbert Steffes, Hans-Dieter Strack, Inge Sturm, Helmut Sörgel, Helmut Schmidt, Kirsten Tackmann, Frank Tielke, Dietmut Thilenius, Else Tonke, Humanistische Union, Verein für Friedenspolitische und demokratische Bildung, Peter Vonnahme, ver.di Bundesfachausschuss Richter/innen und Staatsanwälte/innen, Vorstand des Arbeitskreises für Friedenspolitik, Kathrin Vogler, Peter Christian Walther, Hartmut Rudolf Weidler, Matthias Jürgen Weinert, Dietmar und Karin Werk, Silke Westenweller, Sabine und Guntram Wille, Julia Pippig und Ella, Yannis und Lucas Wirl, Ursula Wischer, Egbert Wissner, Peter Wolter, Volkert Ohm und Erika Wolters, Gerry Woop, Uwe Wötzel, Almut und Eckhard Zenker, Gerd-Peter Zielesinski

V.i.S.d.P Reiner Braun, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
IALANA e.V. Sparkasse Marburg-Biedenkopf
IBAN: DE64 5335 0000 1000 6680 83
Internet: www.ialana.de

ANZEIGE

